

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Ulrich Lang MdL, SPD-Vorsitzender von Baden-Württemberg, warnt davor, einen "heißen Herbst" herbeizureden. Seite 1

Horst Winterstein MdL, Vorsitzender der SPD-Fraktion im hessischen Landtag, erläutert das Votum seiner Partei für Neuwahlen in Hessen. Seite 3

Hans-Ulrich Klose MdB schlägt vor, daß der Bundespräsident trotz aller entgegenstehender Einwände in die DDR reist. Seite 5

Eckart Kuhlwein MdB, Obmann der Sozialdemokraten im Bildungsausschuß des Bundestages, erläutert die Schritte der Rechtskoalition hin zu einer bildungspolitischen Wende (Teil II und Schluß). Seite 6

38. Jahrgang / 146

3. August 1963

Die Friedensinitiativen sollten ihre Spielräume nutzen

Boycottmaßnahmen zum Beispiel als ordentliche Demonstrationen anmelden

Von Ulrich Lang MdL
SPD-Vorsitzender von Baden-Württemberg und Vorsitzender der baden-württembergischen SPD-Landtagsfraktion

Ohne Zweifel wird es im Vorfeld der geplanten Stationierung von neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu harten Auseinandersetzungen kommen; denn die unterschiedlichen Standpunkte sind zu weit voneinander entfernt. Gerade weil aber um den richtigen Weg für den Frieden und die Abrüstung gerungen wird, müssen die Auseinandersetzungen unter allen Umständen friedlich und gewaltlos verlaufen.

Es hat wohl noch nie eine Bewegung sich so sehr auf die Gewaltfreiheit ihrer Aktionen vorbereitet, wie das gegenwärtig von den Friedensinitiativen gemacht wird. Diese Arbeit der Friedensinitiativen kann weit über die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen hinaus einen großen Wert für unsere Gesellschaft haben. Es ist schlimm, daß im Gegensatz zu dieser Friedensarbeit der Friedensbewegung einige konservative Scharfmacher den heißen Herbst herbeireden wollen. Die Debatte über das Demonstrationsstrafrecht gehört in diese Kategorie, auch wenn das neue Strafrecht erst noch im Gesetzgebungsverfahren entschieden werden muß.

Wir müssen alle dazu beitragen, daß die Auseinandersetzungen im Herbst friedlich und gewaltfrei verlaufen. Denn unsere Demokratie darf keinen Schaden leiden. So wie meines Erachtens der Protest gegen die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen jetzt wirklich angebracht ist, weil ich nicht glaube, daß uns diese Stationierung mehr Sicherheit bringt, sondern ich eher das Gegenteil befürchte, und weil endlich einmal mit der Abrüstung angefangen werden muß, so



wende ich mich gegen Formen des gesetzesüberschreitenden Widerstands wie sie nach unserer Verfassung nur im Falle des Staatsnotstandes erlaubt sind. Ich appelliere an alle fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik, jetzt nicht in diese Falle zu laufen.

Es waren die fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterbewegung und des Bürgertums, die Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Deutschland durchgesetzt haben. Es wäre schlimm, wenn die Konservativen sich jetzt als glaubwürdige Verteidiger dieser konstitutiven Säulen unserer Republik im Zuge der Auseinandersetzungen im Herbst darstellen könnten.

Friedens-, Entspannungs- und Abrüstungspolitik kann nicht nur mit heißem Herzen, sondern sie muß auch mit kühlem Verstand betrieben werden. Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie müssen gerade jetzt wie ein Augapfel gehütet werden. Deshalb begrüße ich ausdrücklich die Gespräche von einigen Vertretern der Friedensinitiativen mit Vertretern der Polizei. Ich fordere dringend dazu auf, diese Gespräche fortzusetzen.

Ich empfehle den Friedensinitiativen zudem, ihre geplanten symbolischen Boykottmaßnahmen als ordentliche Demonstrationen anzumelden. Den Innenminister fordere ich dann dazu auf, als Vorgesetzter der örtlichen Polizeibehörden per Erlaß sicherzustellen, daß diese angemeldeten Demonstrationen auch in der Form von symbolischen Boykottmaßnahmen ohne Auflagen genehmigt werden. Der heiße Herbst muß jetzt abgekühlt werden. (-/3.8.1983/bgy/va)

+ + +



Wir brauchen klare Verhältnisse

Warum wir Sozialdemokraten im September in Hessen wählen wollen

Von Horst Winterstein Mdl.

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Morgen wird der hessische Landtag aufgelöst. Am 25. September wird in Hessen neu gewählt. Unser Land braucht diese Neuwahlen, denn die beiden anderen Fraktionen - CDU und Grüne - haben sich im Landtag zusammengetan, um alles zu verhindern, was unserem Land nützt.

Viele Bürger haben mich in den letzten Wochen gefragt, warum Neuwahlen erst im Herbst 1983 und nicht gleich nach der Landtagswahl am 26. September 1982, bei der keine Partei eine Mehrheit erreichte und sich Koalitionen nicht abzeichneten? Warum, so fragen andere, keine "Große Koalition", wie sie der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann der SPD angetragen hat? Und warum, so fragen wiederum andere Wähler, keine Zusammenarbeit mit den Grünen, nachdem diese doch bei einigen Parlamentsentscheidungen ihre Kooperationsfähigkeit bewiesen haben?

Diese Fragen lassen sich durch einen Rückblick auf die Zeit seit der letzten Landtagswahl leicht beantworten.

Noch in der Wahlnacht forderte der damalige CDU-Spitzenkandidat Dregger, der anschließend aus der Wahlniederlage seiner Partei mit seinem Rücktritt persönliche Konsequenzen zog, sofortige Neuwahlen. Demgegenüber haben wir Sozialdemokraten das Wählervotum als Auftrag zum Handeln verstanden, so schwierig dies auch sein mag.

Die Politiker können nicht vom Wähler verlangen, sich erneut zu entscheiden, nachdem er sich gerade erst entschieden hat. Ein Zurechtbiegen des Wählerentscheides so lange bis er den Politikern paßt, darf es nicht geben.

Die SPD-Fraktion hat schnellstmöglich versucht, in Gesprächen mit den anderen Fraktionen die Möglichkeit für Mehrheiten in den wichtigsten Sachfragen der Landespolitik auszuloten. Die CDU antwortete mit einem kategorischen Nein, als ihre Maximalforderungen nicht akzeptiert wurden. Die Grünen erklärten ihre grundsätzliche Bereitschaft, bei bestimmten Sachfragen mitzuarbeiten. Nach mehreren mühsamen Gesprächsrunden verabschiedeten SPD und Grüne gegen den Widerstand der CDU das sogenannte Vorschaltgesetz, mit dem 28.000 Arbeitsplätze gesichert und über 2.000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen wurden.

Die in Enge geratene CDU bot daraufhin eine "Große Koalition auf Zeit" an. Was aber sollte eine Verständigung der beiden großen Parteien auf ein gemeinsames Regierungsprogramm und eine gemeinsame Regierungsmannschaft, um anschließend das Parlament sofort wieder aufzulösen? Das ist nicht seriös. Auf der gleichen taktischen Linie lag das sogenannte "Angebot" der CDU zu Vereinbarungen über den Landeshaushalt unter der Vorbedingung einer Einigung über ganz andere Themen, die eine Aufgabe sozialdemokratischer Identität bedeutet hätte, wie zum Beispiel die völlige Abkehr von sozialdemokratischer Bildungspolitik. Die CDU kalkulierte die Ablehnung ihrer Unterwerfungsforderung an die SPD ein, um dann weiter mit angeblicher Krise und Unregierbarkeit agitieren zu können.



Die Landtagsfraktion der Grünen hat mit ihrer Zustimmung zum "Sofortprogramm für Arbeits- und Ausbildungsplätze" einen wichtigen Beitrag geleistet. Damit haben sie - trotz vorheriger Skepsis in weiten Teilen der Öffentlichkeit - bei vielen Bürgern den Eindruck erweckt, sie wären zu konstruktiver parlamentarischer Arbeit bereit und in der Lage. Doch zu gleicher Zeit erfolgte bereits die Ankündigung, daß eine Haushaltsverabschiedung mit ihnen nicht möglich sei. Nachdem diese Verweigerung der Grünen noch vor der Bundestagswahl durch ihr Abstimmungsverhalten bestätigt wurde, war den Sozialdemokraten ein weiteres "Ausloten" für sachliche Kompromisse nicht mehr möglich.

Mitte März bei der zweiten Lesung des Landeshaushaltes bildeten CDU und Grüne erneut eine - wie auch immer verschieden begründete - Koalition der Verweigerer. Sie lehnten den Haushaltsentwurf der Landesregierung ab, ohne überhaupt in Beratungen einzutreten. Auch weitere Gesprächsangebote von Ministerpräsident Holger Börner an die Fraktionen führten zu keinem Ergebnis.

Diese Neinsager-Koalition wurde auch bei weiteren Landtagsentscheidungen bis zur Sommerpause fortgesetzt. Beide Fraktionen verweigerten ihre Zustimmung für ein zweites Programm zur Schaffung von weiteren 2.000 Ausbildungsplätzen. Beide Fraktionen verweigerten sich einem Kompromiß für ein Sonderprogramm gegen den "Saurer Regen". CDU und Grüne verharren in ihrer staatspolitisch verantwortungslosen Haltung.

Die Entwicklung seit der Landtagswahl letzten Jahres läßt sich in vier Sätzen zusammenfassen:

- Die SPD hat den Wählerauftrag ernst genommen und im Interesse der hessischen Bürger den beiden anderen Parteien mehrfach ihre Bereitschaft zur Erörterung aller grundsätzlichen landespolitischen Fragen erklärt.
- Die CDU hat entgegen allen Beteuerungen von Anfang an objektiv eine Verweigerungspolitik betrieben. Sie hat sich jeder parlamentarischen Verantwortung entzogen, unannehmbare Maximalforderungen gestellt und geleistete parlamentarische Arbeit diffamiert.
- Eine große Koalition liegt nicht im Interesse unserer Demokratie und ist auch sachlich nicht zu begründen.
- Die Grünen sind zu einer kontinuierlichen parlamentarischen Arbeit nicht in der Lage. Sogar Initiativen, die sie selbst mitgearbeitet hatten, fanden im Plenum nicht mehr ihre Zustimmung.

Diese Fakten machen es notwendig, die hessischen Bürger im Herbst 1983 erneut an die Wahlurnen zu rufen, damit es in Hessen wieder klare Verhältnisse gibt.

(-/3.8.1983/bgy/va)

+ + +



Der Bundespräsident sollte in die DDR reisen

Wir müssen weiterhin Beiträge zur Friedenssicherung leisten

Von Hans-Ulrich Klose MdB

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sind von besonderer Art: Beide Staaten erkennen einander an, aber diese Anerkennung gilt aus unserer Sicht nicht uneingeschränkt. Es bleiben zahlreiche Rechtsvorbehalte, die die Bundesrepublik daran hindern, die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auf eine "normale", das heißt völkerrechtliche Basis zu stellen. Wesentlicher Grund für diesen Zustand: Die DDR ist aus bundesdeutscher Sicht kein ausländischer Staat, sondern ein zweiter deutscher Staat auf deutschem Boden.

Das hat praktische Konsequenzen. Die beiden deutschen Regierungen sind bei der jeweils anderen nicht durch Botschafter vertreten, sondern entsenden "Ständige Vertreter". Zuständig für die Beziehungen zur DDR ist bei uns nicht das Auswärtige Amt, sondern das Bundeskanzleramt. Zusätzliches Problem: Die Bundesrepublik und die Westmächte widersprechen der östlichen Rechtsauffassung, daß Ost-Berlin die Hauptstadt der DDR und integraler Bestandteil des DDR-Staatsgebietes sei.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob Bundespräsident Carstens eine Einladung nach Ost-Berlin zur Teilnahme an einem staatlichen Festakt aus Anlaß des 500. Geburtstages von Martin Luther annehmen soll oder nicht. Es wird eingewandt, daß ein solcher Besuch in Ost-Berlin den Charakter eines Staatsbesuches haben würde, und daß die DDR dies als Beleg für die voll völkerrechtliche Anerkennung propagandistisch mißbrauchen könnte.

Kein Zweifel: Rechtlich kann man das so sehen, obwohl es bisher immer möglich gewesen ist, solcher Propaganda durch offizielle Vorabklärung des eigenen Rechtsstandpunktes die Wirkung zu nehmen. Dennoch ist zuzugeben, daß der Besuch des Bundespräsidenten in Ost-Berlin eine besondere Qualität hätte, daß es allein schon aus protokollarischen Gründen sehr schwer ist, ihm den Charakter eines Staatsbesuches zu nehmen. Sollte er deshalb unterbleiben?

Ich meine nein. Entscheidendes Kriterium für Entscheidungen auf unserer Seite sollte immer nur sein, ob eine bestimmte Maßnahme den Menschen in Ost und West hilft, zueinander zu kommen, in guter Nachbarschaft und in erträglichen sozialen und politischen Verhältnissen zu leben.

Bei solchen Bemühungen spielen rechtliche Normen und Vereinbarungen eine wichtige Rolle; aber sie sind doch nur der Rahmen, innerhalb dessen die soziale und menschliche Realität politisch gestaltet werden kann und muß.

Tatsächlich haben sich die Regierungen in Bonn seit vielen Jahren so verhalten. Und auch die neue Bundesregierung scheint sich trotz gelegentlicher verbaler Kraftmeierei praktisch-politisch an dieser Maxime zu orientieren (siehe auch die jüngsten Aktionen von Strauß).

Die DDR-Regierung ihrerseits demonstriert beinahe täglich, daß sie in starkem Maß daran interessiert ist, die Beziehungen zur Bundesrepublik auszubauen und kooperativ zu gestalten.

Das alles ist vernünftig, und es ist, vor allem in Zeiten zunehmender Ost-West-Verhärtungen, ermutigend. Wenn es gelänge, die insgesamt guten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR stabil zu halten und über den Berg des weltweit wachsenden Mißtrauens hinweg zu retten, wäre das ein wesentlicher deutscher Beitrag zur Friedenssicherung.

Der Bundespräsident sollte deshalb die Einladung nach Ost-Berlin annehmen.

+ + + (-/3.8.1983/bgy/va)

Autoritätsgläubigkeit statt Pluralismus (Teil II)

Schritt für Schritt in die bildungspolitische Wende

Von Eckart Kuhlwein MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft

Der numerus clausus soll erklärtermaßen nicht auf weitere Fächer ausgeweitet werden. Die SPD wird die Bundesregierung an diese Zusage erinnern, weil auch die Begründung der Bildungsministerin dafür zu weiteren Nachfragen Anlaß gibt: Frau Wilms sieht nämlich das Problem schlechthin in dem aktuellen Mangel an Ausbildungsplätzen im dualen System. Wenn dort gegen Ende der 80er Jahre Entspannung eintritt, sollen Abiturienten stärker als bisher auf Ausbildungen in der Wirtschaft verwiesen werden. Noch wird beteuert, daß dies ohne staatliche Lenkung beziehungsweise besonders dirigistische Maßnahmen gehen soll. Dabei wird allerdings verschwiegen, daß die durch die BAföG-Änderungen verursachte neue soziale Bildungsbarriere ohnehin schon eine von den Konservativen beabsichtigte Umlenkung mit sich bringt.

Von einer generellen Öffnung der Hochschulen auch für die Weiterbildung Berufstätiger will Frau Wilms nichts wissen. In den 90er Jahren wird es jedoch viele freie Kapazitäten an Universitäten und Fachhochschulen geben. Diese könnten dann sinnvoll für Weiterbildungsmaßnahmen genutzt werden. Die Vorüberlegungen dafür müßten jedoch schon heute geleistet werden. Wenn das nicht geschieht, wird es später einen ungeordneten und aufwendigen Verdrängungswettbewerb geben. Aber entweder traut Frau Wilms den sonst soviel gepriesenen Hochschullehrern im Bereich der Weiterbildung wenig zu, oder sie ist auch hier eine Gefangenin der Interessen der Wirtschaftsverbände, für die sie früher gearbeitet hat. Deutlich wird daran auch, wie wenig sie von Bildungsplanung hält.

Die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission, die Erfahrungen mit dem Hochschulrahmengesetz aufarbeiten soll, entpuppt sich als Spielwiese für konservative Hochschullehrer, und die Bundesbildungsministerin hält mit ihren wahren Absichten hinter dem Berg. Wer eine solche Lawine lostritt, die nicht nur hochbezahlte Wissenschaftler auf Bundesebene, sondern auch Hunderte von Gremien quer durch die Bundesrepublik Zeit und Arbeit investieren läßt, müßte wenigstens über die Richtung dessen nachgedacht haben, was beabsichtigt sein und was dabei herauskommen könnte. Wenn es nur darum ginge, aktuelle Probleme von Hochschulen aufzuarbeiten, dann hätte man dies auch an Hand der vielen einschlägigen Stellungnahmen der Bund-Länder-Konferenz, des Wissenschaftsrates oder der Westdeutschen Rektoren-Konferenz tun können. Die SPD hat Verständnis dafür, daß viele der Betroffenen glauben, daß das Ganze doch auf ein neues Hochschulrahmengesetz hinausläuft. Der Bund Freiheit der Wissenschaft jedenfalls hat bereits signalisiert, daß man die auf diese Weise gerufenen Geister auf keinen Fall wieder los wird.

Eine Tragikomödie - leider auf dem Rücken der Betroffenen - entwickelt sich im Augenblick um die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Noch zehn Tage vor der Bundestagswahl hatte das Kabinett einem Gesetzentwurf seinen Segen gegeben, der im wesentlichen noch aus den Beständen der sozialdemokratischen Minister Schmude und Engholm stammte. Das Triumphgeheul der Bildungsministerin war lautstark, weil es mit diesem Projekt in der sozialliberalen Koalition bis kurz vor ihrem Ende Finanzierungsprobleme gegeben hatte. Nach der Wahl nun liest man es anders: Die Ministerpräsidenten der Länder denken derzeit überhaupt nicht daran, durch Bundesgesetz



erneut in ein Experiment mit der Mischfinanzierung einzusteigen. Und man kann es ihnen nicht einmal verdenken, nachdem die Bonner Rechtskoalition Ihnen soeben freundlicherweise die Ausbildungsförderung für Schüler mindestens verbal aufs Auge gedrückt hat.

Der Kampf um die bildungspolitischen Kompetenzen des Bundes wird die Nagelprobe für die Bildungsministerin werden. Einiges Terrain, wie zum Beispiel beim BAföG und bei den Schulversuchen über die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung hat sie bereits leichtfertig und verantwortungslos freiwillig aufgegeben. Die BLK insgesamt wurde gerade noch einmal gerettet. Von Bildungsplanung will die Mehrheit dort nichts mehr wissen, gleichwohl aber noch von notwendiger Koordination zwischen Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Finanzpolitik und Bildungspolitik. Das wird nicht ausreichen, um das notwendige Zusammenspiel zu erhalten, mit dem der Bund auch die bildungspolitischen Entwicklungen in den Ländern im Rahmen seiner gesamtstaatlichen Verantwortung beeinflussen kann. Gemeinsame Schulpolitik soll es nicht mehr geben. Das Schulsystem wird sich deswegen noch weiter auseinanderentwickeln. Neue gesellschaftspolitische Fragestellungen wie etwa die Integration von Ausländerkindern, die besonderen Probleme von Mädchen oder die bessere Vorbereitung auf die Arbeitswelt in der Mittelstufe können nicht mehr gemeinsam koordiniert und erprobt und später dann in der Fläche in die schulische Praxis umgesetzt werden. Der Marsch in den Provinzialismus ist vorprogrammiert. Aber diese Abstinenz gegenüber den Ländern wundert nicht mehr: Wer in der Opposition viele Jahre lang partikuläre Länderinteressen vertreten hat, wird jetzt zum Gefangenen seiner eigenen Argumente von gestern.

Das Fazit einer ersten Bestandsaufnahme der Bildungspolitik der Rechtskoalition: Die Wende wird Schritt für Schritt vollzogen, die zuständige Ministerin sitzt dabei nicht an der Ruderpinne. Und niemand sollte sich täuschen lassen, wenn diese Wende gelegentlich auf Samtpfoten einherkommt. Die SPD wird mit gutem bildungspolitischen Gewissen und dem notwendigen Selbstbewußtsein durch das bisher Geleistete für ihre alten und neuen Ziele kämpfen und gegen die konservative Wende-Reform sozialdemokratische Reformpolitik setzen. Das sind wir jungen Menschen schuldig, die unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ihre persönliche Chance auf Bildung haben wollen: Frei, sozial gerecht und solidarisch zur besseren Gestaltung ihrer Zukunftsperspektiven. (-/3.8.1983/bgy/va)

+ + +

